



SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT
BEI DER
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

FR/ln

Polit. Brief Nr. 4

KÖLN-Bayenthal, den 5. April 1956

Bayenthalgürtel 15
Telephon: 33031

an	ZE	WA	BR				
datum	29. IV	11. IV					11. IV
Via	B	WA	BR				11. IV

EPD

J. A. 21. 21 Hölzer

✓ 58.72.5
✓ 58.82.3
✓ 58.2. Jura

Herr Generalsekretär,

Sowjetischer
Abrüstungsvorschlag:

Der sowjetische Abrüstungsvorschlag hat in Bonner Regierungskreisen ziemlich Bestürzung hervorgerufen, bedeutet er doch die Aufwärmung des seinerzeit in Bonn sehr ungefällig aufgenommenen Edenplans. Nach neuer Lesart heisst dies offenbar: Abrüstung ohne Wiedervereinigung bzw. unter Aufrechterhaltung des Status quo in bezug auf Deutschland. Bonn enthält sich indessen vorläufig noch jeder offiziellen Aeusserung bis die Orientierung durch die Westalliierten erfolgt und deren Reaktionen hier bekannt sind.

Das von Ministerpräsident Mollet dem Vertreter von "US News and World Report" gewährte Interview und dessen Erklärungen in bezug auf die Abrüstung und Wiedervereinigung Deutschlands haben hier offensichtlich erschreckt, wenn man sich auch gegenüber Frankreich in seinen Aeusserungen deutscherseits besonders zurückhält. Diese Vorsicht kommt in allen Pressekommentaren zum Ausdruck.

In weiser Voraussicht einer Situation, auf Grund welcher die Westalliierten mit der Sowjetunion in Abrüstungsverhandlungen eintreten könnten ohne die Wiedervereinigungsfrage zu berühren, hat die Bundesregierung vor wenigen Tagen einen offiziellen Vorstoss unternommen, um sich in die internationale Abrüstungsdiskussion einzuschalten. Sie hat ihrem

Herrn Minister A. Z e h n d e r
Generalsekretär des Eidgenössischen
Politischen Departements

B e r n



Bevollmächtigten im Ständigen Rat der Westeuropäischen Union die Weisung erteilt darauf zu dringen, dass das im Vertrag vorgesehene Rüstungskontrollorgan seine Funktionen nun sofort aufnimmt. Damit soll erreicht werden, dass Diskussionen über Begrenzung und Kontrolle der Rüstungen nicht etwa ohne Beisein der Bundesregierung geführt werden mit der Begründung, es bestehe noch kein funktionsfähiges Kontrollorgan innerhalb der Westeuropäischen Union. Diese Frage der sofortigen Arbeitsaufnahme des Rüstungskontrollorgans wird auch auf der Tagung der Gemeinsamen Versammlung der Westeuropäischen Union am 23. April in Strassburg das vordringlichste deutsche Anliegen sein.

Ausgestaltung der
NATO:

Die französische Anregung, das atlantische Bündnis durch Angliederung wirtschaftlicher und sozialer Aufgabenkreise seines ausschliesslich militärischen Charakters zu entkleiden, hat in Bonn nicht nur warme Aufnahme, sondern eine aktive Unterstützung gefunden. Die Bundesregierung hat nämlich selbst einen "NATO-Plan" entwickelt, welcher den Ausbau der Gemeinschaft zu einem politischen und wirtschaftlichen Instrument des Westens im "Kalten Krieg" vorschlägt. Bundesausserminister von Brentano wird den deutschen Plan am 4. Mai dem Ministerrat der NATO in Paris vorlegen. Nach bisher erhältlichen Informationen weist der deutsche Plan folgende Grundzüge auf:

1. Koordinierung aller politischen und diplomatischen Schritte der NATO-Mächte in ihren Beziehungen zu den Ostblockstaaten;
2. Verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit und gemeinsame Hilfe inbezug auf die unterentwickelten Gebiete;

3. Zusammenarbeit der NATO-Staaten auch auf sozialem und kulturellem Gebiet;
4. Geschlossene Haltung des Westens gegenüber den sowjetischen Massnahmen in der neuen Form des "Kalten Krieges".

Die letzte Frage ist wohl für die Bundesregierung weitaus die wichtigste. Aber auch die Initiative zur Zusammenarbeit in bezug auf die Hilfe an die unterentwickelten Gebiete scheint Bonn am Herzen zu liegen. Hier ergeben sich allerdings vorläufig noch Kontroversen mit der hiesigen Industrie. Die soeben aus dem Fernen Osten zurückgekehrte deutsche Goodwill-Mission, welcher die prominentesten Industrievertreter angehörten, hat klar zu erkennen gegeben, dass die Wirtschaftshilfe an diese Länder, falls sie erfolgreich mit der wirtschaftlichen Sowjetoffensive konkurrieren soll, jeder politischen Bindung entkleidet werden muss. Dieser Erkenntnis entspringt auch die Initiative des Hauses Krupp (worüber der Handelsabteilung ausführlich berichtet wurde) auf Errichtung eines internationalen Industrie-Konsortiums von Firmen des Westens, welches grosse Projekte in den unterentwickelten Ländern auf rein privatwirtschaftlicher Basis (wenn auch mit staatlichen Export- und Kredithilfen) zur Ausführung bringen soll. Dieser Plan wurde bekanntlich vor kurzem dem stellvertretenden Unterstaatssekretär im State Department, Robert Murphy, vom Krupp-Generalbevollmächtigten vorgetragen und wird gegenwärtig in den USA studiert; hier wird an der weiteren Ausarbeitung gearbeitet.

Deutsche Botschafter-
konferenz im Nahen Osten:

Am 3. April begann in Istanbul unter dem Vorsitz des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Professor Hallstein, eine mehrtägige Konferenz der diplomatischen Vertreter der Bundesrepublik in den Hauptstädten des Nahen

Ostern. Hallstein ist mit einem Stab von fünf Mitarbeitern, unter ihnen der Chef der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, an Ostern eigens zu diesem Zweck nach der Türkei gereist. Es sollen aktuelle Probleme politischer und wirtschaftlicher Natur des Nahen Ostens zur Diskussion kommen.

Aus welchen Gründen die Bundesregierung gerade in diesem für die Westmächte und besonders für Grossbritannien so kritischen Zeitpunkt im Nahen Osten ein spektakuläres Botschaftertreffen veranstaltet, ist hiesigen Beobachtern kaum verständlich. Weder dringende politische noch wirtschaftliche Motive können für diese Veranstaltung massgebend gewesen sein. Allerdings soll Nasser in einem kürzlichen Interview mit der Erklärung gedroht haben, er werde die Regierung von Pankow offiziell anerkennen, wenn die Anerkennung Israels durch Bonn erfolge. In Bonn wurde noch vor Ostern sogleich dementiert, dass irgendwelche Absichten in dieser Richtung bestünden. Solche Fragen sind demzufolge nicht als hinreichender Grund für die Botschafterkonferenz anzusehen. Wichtige wirtschaftliche Traktanden dürften ebenso nicht vorliegen, nachdem der ägyptische Handelsvertrag mit vieler Mühe unter Dach gebracht wurde und über die fast auswegslose handelspolitische Situation mit der Türkei gegenwärtig eine Wirtschaftsdelegation in Bonn Verhandlungen führt. Man fragt sich vielmehr, ob die Bundesrepublik nicht die Wichtigkeit, welche sie den Ländern des Nahen Ostens beimisst, gerade jetzt augenfällig demonstrieren wolle.

Moselkanalisierung:

Inbezug auf die Saarverhandlungen scheint der Moselkanal nunmehr von deutscher Seite trotz schwerwiegender Bedenken der Ruhrindustrie und der Bundesbahn bereits zugestanden zu sein. Vorgesehen ist die Kanalisierung der Mosel auf 270 km Länge zwischen Thionville und Koblenz für Schiffe mit einer Tragfähigkeit bis zu 1500 to. Der Kanal soll eine

Fahrwasserbreite von 40 m und während des ganzen Jahres eine Fahrwassertiefe von 2,5 m aufweisen. Auf der Strecke Trier-Koblenz sind im ganzen neun Staustufen vorgesehen, wobei in jede gleichzeitig ein Kraftwerk eingebaut werden soll. Die deutsche Seite veranschlagt die Gesamtbaukosten inklusive Stauwerke und Kraftwerke ohne Nebenkosten auf rund 750 Millionen DM, wogegen die Franzosen nur rund 530 Millionen DM ansetzen.

Ich werde auf diese Frage im Zusammenhang mit einem Sonderbericht über die Saarverhandlungen noch zurückkommen.

Genehmigen Sie, Herr Generalsekretär, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE GESCHAFTSTRAEGER a.i.

